

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

197 (26.8.1907) Zweites Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe** täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementpreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.62 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:** Luitpoldstraße 24. **Telefon:** Nr. 128. — **Postzeitungsliste:** Nr. 8144. **Sprechstunden der Redaktion:** 12—1 Uhr mittags. **Redaktionschluss:** 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Anzeige billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — **Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer** vormittags 1/2 9 Uhr. **Größere Inserate** müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — **Geschäftsstunden der Expedition:** vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 197. Zweites Blatt. Karlsruhe, Montag den 26. August 1907. 27. Jahrgang.

## 7. internationaler Sozialistenkongress.

**Vierter Verhandlungstag.**  
Vormittags-Sitzung.  
(Fortsetzung aus voriger Nummer.)  
Stuttgart, 23. August.  
Berichterstatter Genosse Beer (Wien)

(Vorfahrt): In der Kommission ist erfreulicherweise vollständige Einmütigkeit erzielt worden. Der vorliegende Resolution, die von den Deutschen und Oesterreichern, den Schweden, Tschechen, Dänen, Belgiern, Ungarn angebracht worden ist, haben sich in der Kommission fast alle Nationalitäten angeschlossen, bis auf eine Gruppe von Amerikanern, die eine selbständige Resolution einbrachten und die Mehrheit der Franzosen. Die Franzosen erklärten, sie seien aus rein taktischen Gründen nicht in der Lage, diese Resolution in ihrem Lande durchzusetzen, weil sie als Folge einer Spaltung der französischen Gewerkschaftsbewegung befürchteten, sich nicht durch besondere Klarheit aus, sie bedürftig nicht dem, was die Aufgabe der Erörterung dieses Punktes ist. Sollten die amerikanischen Genossen die Resolution nicht noch im letzten Augenblick zurückziehen, so würde der Kongress sie ablehnen. Weiter lagen zwei französische Resolutionen vor, eine von der Mehrheit und eine von der Minderheit. Wir konnten auch diese Resolutionen nicht mit einer einverstandenen Meinung annehmen, weil wir befürchteten, daß durch die Realitäten innerhalb der französischen Gewerkschaftsbewegung entstehen könnten. In der zweiten Resolution ist vor dem „gewerkschaftlichen Kampf“ die Rede. Obwohl der Kampf barmherzig, wie ich glaube, vollständige Klarheit über dies Kampfmittel geschaffen hat, möchte ich doch neuerdings betonen, daß wir durchaus nicht den Generalstreik für ein Kampfmittel schlechweg halten, sondern nur ein Kampfmittel, das unter ganz außerordentlichen Umständen anwendbar ist. In Erfüllung eines Wunsches der überwiegenden Mehrheit der Kommission richte ich an die französischen Kameraden die freundliche Bitte, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um eine machtvolle Gewerkschaftsbewegung zu schaffen, die sich frei von bloßen Worten, sondern praktische, positive Arbeit für die Arbeiter leistet. (Bravo!) Die Mehrheit der Franzosen hat mir nun eine Erklärung übergeben, in der sie verlangt, daß ich sie namens der Kommission verleihe. Mit dieser Erklärung war ich bis zum Abend einverstanden. Die Erklärung der Mehrheit der französischen Delegierten lautet:

und vielleicht auch blaue und grüne Gewerkschaften, nicht aber ist bei ihnen die Hauptmasse der Gewerkschaften nach ihrem eigenen Zugehörnis ein „Vollwert des Kapitalismus“. Die Gewerkschaftsführer Amerikas arbeiten einheitlich in der Civic Federation mit den Großkapitalisten zusammen, die ihren Frieden mit dem Trade Unionismus gemacht haben. Auch in Europa wird man noch zu dieser Entwicklungsstufe kommen. Mit diesen Gewerkschaften, die ihr Hauptbestreben darauf richten, ist ein einiges Zusammengehen nicht möglich. Nur auf echte sozialistische Gewerkschaften kann sich eine echte politische Sozialdemokratie aufbauen. Angeht es dieser Verhältnisse in Amerika bitte ich Sie um Annahme der Minderheitsresolution, die allen alle gewerkschaftlichen Verhältnisse in der Internationale umfasst. (Die Rede, die von der Rede selbst in den drei Kongresssprachen nacheinander gehalten wird, findet bei einem Teil des Kongresses lebhaften Beifall.)

### De Brondere (Belgien):

Der Redner hat soeben nachgewiesen, daß die Mehrheit der Resolution nicht dem vorgeschrittenen kapitalistischen Zustande Amerikas entspricht. Ganz bestimmt aber entspricht die Minderheitsresolution den europäischen Verhältnissen gar nicht. Erklärt sie doch in ihrer Einleitung die Neutralität gegenüber den Gewerkschaften für eine Neutralität gegenüber den Maschinen der bestehenden Klasse, fordert also ihre direkte, unmittelbare Bekämpfung. Das würde gegen die Prinzipien und die Taktik der sozialistischen Parteien der Länder Europas aus schwerer Versehen. Sehen wir aber von diesem Einwand ab, so erscheint auch mir die Frage sprudeln. Ich will daher nur kurz einige Überlegungen machen, um die Zustimmung vorzubereiten und ihre Bedeutung klarzulegen. Zwei Punkte in der Kommissions-Resolution verdienen scharf hervorgehoben zu werden. Zunächst, daß den Gewerkschaften auf ihrem Gebiet volle Autonomie gewährt werden muß. Im je zweiwertigkeit zu zerstören, will ich hervorheben, daß die belgischen Gewerkschaften diese Autonomie unerschütterlich haben. Wenn Streik ausbricht, oder ein Tarif abgeschlossen wird als ein Akt von Willkür, so tun die Gewerkschaften das unter voller eigener Verantwortung, ohne daß die Partei sich hineinmischte. Die belgischen Gewerkschaften sind keineswegs eine bloße Elementarstufe des Sozialismus, durch die die Arbeiter an die Sozialdemokratie herangezogen werden sollen, um dann in die höhere Schule des Sozialismus, die Partei, überzugehen. Die Gewerkschaften führen durchaus einen eigenen Kampf, der notwendig ist zur Befreiung des Proletariats (Beifall), der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist der: Partei und Gewerkschaft haben je ein eigenes Kampffeld, aber zwischen ihnen ist ein gemeinsames Kampffeld, und dieses wird immer größer und größer. Allein kämpft die Partei nur noch, wenn es sich nicht um eine spezifisch proletarische Forderung handelt, sonst aber wird der proletarische Kampf in breiter Linie bereits von Partei und Gewerkschaften gemeinsam geführt. Wie die Einheit jeder Nation auf diesem gemeinsamen Kampffeld zwischen Partei und Gewerkschaft heraufzuziehen ist, müssen wir jeder Nation überlassen. Deshalb möchte ich jetzt zum Schluß noch ein Wort zu Gunsten der Resolution der französischen Partei einlegen. Die Resolution der französischen Minderheit will die Gewerkschaften auffordern, sich mit der Partei zu verständigen und die Elemente zu bekämpfen, die dieser Verständigung feindlich sind. Die Resolution der französischen Mehrheit will einfach eine Art Waffenstillstand zwischen Partei und Gewerkschaft, damit die Gewerkschaftler, wenn sie wieder sehen, daß in der Gewerkschaft für sie Platz ist, sich in die gleiche Personalunion mit der Partei begeben, wie sie in Deutschland besteht. Welche dieser beiden Resolutionen für Frankreich richtiger ist, will ich nicht entscheiden. Aber das will ich, daß wir die französischen Genossen nicht schulmeistern, ihnen nicht eine fremde Methode aufzuzwingen. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft solle eine Ehe sein, aber die Gewerkschaft soll nicht vergewaltigt werden. (Lebhafter Beifall.)

### Kaillat (Frankreich):

(mit lebhaftem Sanktionsbeifall empfangen): Die Resolution der französischen Mehrheit entspringt dem Beschluß des letzten französischen Parteitages in Nancy. Wir hatten die Absicht, keinen Beschluß dem internationalen Kongress zur Annahme vorzulegen, sind aber davon abgelenkt worden, weil wir nicht anderen Ländern die Regeln unserer ganz eigenartigen Entwicklung aufzuzwingen wollten. Wir beschränken uns daher darauf, die einfache Entgegennahme einer Erklärung von uns zu verlangen. Wir wollen einfach sagen, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft in Frankreich anders sind als in anderen Ländern und daß man diese besondere Entwicklung nicht unter eine allgemeine Regel beugen, sondern sie ruhig so weiter vollziehen lassen, in der Notwendigkeit der Einigung, in der Sicherheit der Einigung, aber nicht in der Absicht, sie im Augenblick zu erzwingen. Der Berichterstatter hat in unsere Erklärung ein Wort einlegen wollen. Wenn wir die Einigung des Wortes „gegenwärtig“ ablehnen, so tun wir es deshalb, weil es für uns gar keinen Sinn und keinen Wert hat. Wir konstatieren einfach eine Tatsache, und das tut man immer nur für die Gegenwart. Wenn man sagt, es regnet, setzt man auch nicht „gegenwärtig“ hinzu. Uebrigens gibt unsere Section eben ihre Erklärung ab, und braucht doch noch wünscht sie die Mitarbeit des Berichterstatters. An der Tatsache dieser Erklärung kann auch der Kongress nichts hingewöhnen und nichts wegnehmen. Wir erklären eine Tatsache, und die kann niemand bestritten. (Sehr gut! bei den Franzosen.)

Die Majorität der französischen Delegation will verhindern, daß ein internationaler Beschluß in die besonderen Verhältnisse, wie sie sich in Frankreich entwickelt haben, störend eingreift. Früher, als die französische Sozialdemokratie in die verschiedensten Richtungen gespalten war, suchte jede Richtung die Gewerkschaften für sich zu gewinnen. Dadurch wurde Spaltung auch

in die Gewerkschaften getragen und eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften unmöglich gemacht. Aufgegeben hielten sich die Gewerkschaften mit der Zeit vom politischen Leben ganz fern und erklärten die strikte Neutralität. Die Verhältnisse besserten sich in dem Maße wie es dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund gelang, all die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen zusammenzufassen. Dies wirkte dann wieder günstig zurück auf die Einigung der verschiedenen politischen Fraktionen. Nach ihrem Zustandekommen kam es wieder zu einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften; gegenwärtig herrscht ein Friedenszustand und man gelangt immer mehr zu einer einheitlichen systematischen Zusammenfassung der Kräfte. Die Mehrheit der französischen Delegation wendet sich nur dagegen, daß ihr von dem Kongress bestimmte Regeln für ihr Verhalten vorgeschrieben werden und bittet Sie daher, die Resolution abzulehnen. (Beifall bei der Mehrheit der Franzosen.)

### Troelstra (Holland):

Die holländische Delegation war anfangs geneigt, der französischen Erklärung zuzustimmen, weil sie annahm, daß die Mehrheit der Parteigenossen jedes Landes selbst am besten wissen müsse, was sie faktisch zu tun hat. Wir nahen Erörterung müssen wir uns aber für die strikte Ablehnung dieser Erklärung aussprechen, weil sie nicht einfach einen auf die Dauer zu verändernden Ausnahmezustand für Frankreich konstatiert, sondern ihn als Normalzustand akzeptiert. Noch deutlicher wurde das aus dem Widerstand der französischen Majorität gegen Aufnahme des Wortes „gegenwärtig“. Auch das französische „prendre acte“ ist viel stärker als das deutsche „zur Kenntnis nehmen“ und kommt dem „billigen“ sehr nahe. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse haben nur einen moralischen Wert, deshalb müssen sie in sich selbst eine möglichst große Garantie für ihre Ausführung in der Praxis haben. Wenn wir aber hier in einem allgemeinen Beschluß ein Prinzip aufstellen und zugleich Verhältnisse sanktionieren, die mit diesem Prinzip in Widerspruch stehen, so ist der moralische Wert dieses Beschlusses vermindert. (Lebhafter Beifall.) Was der Erklärung unserer französischen Genossen vor allem fehlt, ist der Ausdruck der Bereitwilligkeit, in ihrer Weise und trotz der Schwierigkeiten in ihrem Lande, dennoch im Geiste unserer Resolution zu wirken. (Beifall, sehr gut!)

Bei den Ausführungen Kaillat kam mir unwillkürlich die Haltung der Franzosen in Amsterdam in den Sinn. Damals wurde auch bei ihnen gegen die angekommene Resolution protestiert mit Rücksicht auf die speziellen französischen Verhältnisse. Es wurde auch gesagt: Wir wollen uns nicht unterwerfen, wir wollen frei sein. Ich sage: gegenüber Beschlüssen der internationalen Kongresse ist keiner von uns frei, diese Beschlüsse sollen wir uns aus eigenem Willen unterwerfen. (Bravo!) Wenn die Franzosen uns wenigstens eine machtvolle Gewerkschaftsbewegung aufweisen könnten! In Wirklichkeit können ihre Gewerkschaften noch sehr viel von denen anderer Länder, speziell von den deutschen Gewerkschaften, lernen. (Bravo!) Die Confederation du travail wird geleitet von Personen, die auf die Arbeiter mit kleinen Beiträgen und großen Worten wirken, wie wir es auch von dem nationalen Arbeitersekretariat in Holland erlebt haben. (Sehr wahr!) Wir müssen den Anarchismus nicht nur im politischen, sondern auch im gewerkschaftlichen Leben bekämpfen. (Stürmische Zustimmung.) Wenn Kaillat gesagt hat, daß in Frankreich zwischen Partei und Gewerkschaft eine schöne Einheit besteht, so kommt das auch daher, weil die Partei auf die Erfüllung ihrer Pflicht verzichtet, Klarheit zu bringen in die Köpfe der Gewerkschaften. Die französische Minderheit besteht aus 141 Stimmen gegenüber den 167 der Mehrheit. Sie wird gebildet aus den Sozialisten des Nordens, die verstanden haben, eine engere Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft zu bringen. Diesen Genossen dürfen wir die Arbeit nicht erschweren. (Beifall.) Daher bitte ich Sie, die Deklaration der französischen Majorität glattweg abzulehnen. (Stürmischer Beifall.)

### Genau (Frankreich):

Genau (Frankreich) hat die Resolution der französischen Mehrheit auf die Nachmittags-Sitzung verlegt. Schluß 1/2 11 Uhr.

### Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Zwei Mitglieder der belgischen Delegation lassen die Erklärung abgeben, daß sie für die Resolution der Majorität stimmen werden, indem sie die Worte „die vollständig unabhängige Aktion der gewerkschaftlichen Organisation“ und die Worte „die immer innigeren Beziehungen, die zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen sollen“, so auslegen, wie die Deutschen und Oesterreicher.

### Beer (Wien):

Ernstliche Einwendungen sind gegen die von der Mehrheit vorgelegten Resolution nicht gemacht worden. Die Ausführungen des amerikanischen Delegierten, der die Minoritätsresolution verteidigte, vermochte schon die Kommission in ihrer Auffassung nicht zu erschüttern. Ein internationaler Kongress kann nicht Beschlüsse fassen, die vordringlich aus den Erfahrungen eines Landes geschöpft werden. Dazu kommt, daß die Fassung der Minoritätsresolution, indem sie einmal eine selbständige Gewerkschaftsbewegung nicht anerkennt, sie aber andererseits voraussetzt, geeignet ist, Verwirrung zu stiften. — Was die Erklärung der Majorität der Franzosen anlangt, so muß ich die Darstellung Kaillat, die er gegen mich gemacht hat, zurückweisen. Er ist offenbar über die Vorgänge nicht genügend unterrichtet. Im übrigen kann der Kongress über eine solche Erklärung nicht abstimmen. Mit einer solchen Abstimmung würden wir diese Er-

klärung sanktionieren, wozu für den Kongress nicht der geringste Anlaß vorliegt. Das einfachste wäre es, wenn die Mehrheit der französischen Delegation diese Erklärung — ohne das Wort „gegenwärtig“ — vor dem Kongress abgibt, damit sie in das Protokoll kommt. — Zu den weiteren Ausführungen Kaillat bemerke ich, daß in unserer Resolution ausdrücklich steht, daß die Herstellung guter Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei auf keinen Fall die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Aktion in Frage stellen darf. Im Endjah des dritten Abzuges wird dies ausdrücklich betont. Die Befürchtungen des Genossen Kaillat sind also unbegründet. Gewiß ist der Kongress nicht berechtigt, in interne Streitfragen eines Landes eingzugreifen, aber das geschieht auch durchaus nicht. Wir greifen nicht in die Differenzen der französischen Gewerkschaftsbewegung ein, wenn wir es als wünschenswert und nützlich erklären, daß zwischen Gewerkschaften und Partei gute Beziehungen hergestellt werden. Es ist dies nichts als ein guter Rat, der hoffentlich von den französischen Genossen beachtet werden wird. Wir wollen die französischen Genossen durchaus nicht schulmeistern, aber wir meinen, das Werk der französischen Einigung ist kein vollständiges, so lange es dort nicht gelungen ist, eine aktionsfähige machtvolle Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Daher bitte ich Sie, die Resolution der Mehrheit anzunehmen. (Bravo!)

### Semlat (Frankreich):

gibt zunächst die Erklärung der französischen Majorität in der vom Berichterstatter im Schlußwort festgelegten Form zu Protokoll. Auch die französische Minderheit verzichtet auf eine Abstimmung. Hierauf wird die Resolution der Mehrheit (Kommissionsantrag) in einer Abstimmung nach Nationen mit 212 1/2 Stimmen gegen 18 1/2 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmen von Frankreich 11, von Italien 8, von den Vereinigten Staaten 4.

### Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Frage der

### Aus- und Einwanderung.

Hierzu liegt seitens der Kommission folgender Antrag vor:

### Der Kongress erklärt:

Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Befreiung des Kapitalismus ebenso ungetrennliche Erscheinungen, wie Arbeitslosigkeit, Leberproduktion, Unterfressen der Arbeiter, sie sind oft Mittel, den Anteil der Arbeiter am Arbeitsprodukt herabzusetzen und nehmen teilweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der aus der Ein- und Auswanderung für die Arbeiterklasse etwa drohenden Gefahr nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmeverordnungen zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit, in einem Ausschluß fremder Nationen oder Rassen.

Dagegen erklärt es der Kongress für die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimportes unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren. Er erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern.

Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedriger Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter aus Ländern vorwiegend agrarischer und hauswirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus bestimmten Formen der Einwanderung entstehen.

Er sieht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkte der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausweitung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel hierzu.

### Er empfiehlt daher folgende Maßnahmen:

1. Für das Land der Einwanderung:
  - a) Verbot der Ein- und Ausfuhr derjenigen Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie über ihre Röhre nimmt;
  - b) Gewöhnlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnes, Abschaffung des Sweating-Systems und Regelung der Heimarbeit, strenge Aufsicht auf die Sanitäts- und Wohnungsverhältnisse;
  - c) Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt im Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren und weitgehendste Erleichterung der Naturalisation;
  - d) Für die Gewerkschaften aller Länder sollen dabei folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben:
    - a) Uneingeschränkter Zutritt der eingewanderten Arbeiter in die Gewerkschaften aller Länder;
    - b) Erleichterung des Eintritts durch Befreiung angemessener Eintrittsgelder;
    - c) Unentgeltlicher Hebertritt von einer Landesorganisation in die andere, bei vorheriger Erfüllung aller Verbindlichkeiten in der bisherigen gewerkschaftlichen Landesorganisation;
    - d) Anstrengung internationaler gewerkschaftlicher Kartellverträge, durch die diese Frage eine vordringliche präzise Regelung finden und die internationale Durchführung dieser Grundsätze und Notwendigkeiten ermöglicht wird;
    - e) Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.
2. Für das Auswanderungsland:
  - a) Registe gewerkschaftliche Agitation;
  - b) Belehrung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern.

kleine  
Reklam  
anz  
Dah die  
göchtere  
8871  
nd.  
r  
rofige,  
e, weh  
Tein  
enfer  
ergun  
abmar  
7 in de  
estr. 48,  
erfr. 80,  
e,  
Drogerie.  
1794  
ke  
an  
2888.8  
r. 51.  
S  
da  
end  
he  
ler  
Nr. 67.  
ritbre  
abestri  
trats und  
8820  
iehre,  
rahe 41.  
gen.  
3 Jellen  
10 Pfg.  
1907  
it. 16.,  
ist  
separat  
St. 8. St.  
immer an  
später: zu  
8497  
ur-schäft,  
benzinmer  
verlaufen.  
27, pt. 2  
at erkalte  
at verlanf.  
1. Et.  
halt, preis  
at verlanf.  
2. Et.  
und bgein  
nen.  
St. 8. St.  
ge der  
he.  
B. Goltz  
Paula, B.  
mann, 20.  
f. Schindl  
Schreiber,  
ana, Beter  
der K. H.  
Mechaniker,  
Berg, Kauf  
ohn, Goltz  
anna, Aufst.  
Lauter.  
t:  
von Lieber  
mit Adol  
n:  
nben von  
Katharin  
r. Dab  
ungsbil  
von hier.  
Oberwip  
die Hundert  
mittel, Geh  
ann, alt 6  
17 X, B.  
der. Anton  
ohn, Aufst.  
cl, Goldm

